

## Beamtenrecht

### Inhaltsverzeichnis

I.	Haben Sie es sich verdient? .....	1
1.	Der Fall .....	1
2.	Die Entscheidung .....	1
3.	Fazit .....	2
II.	Beamten-Blog .....	3

### I. Haben Sie es sich verdient?

von Christian Horvat, Rechtsanwalt,  
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

Heute wollen wir uns einer aktuellen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zuwenden, die sich mit elementaren Fragen des Statusrechts befasst. Es geht insbesondere um das Alimentationsprinzip. Außerdem hat das Bundesverwaltungsgericht klargestellt, dass fiskalische Interessen oder haushalterische Schwierigkeiten nicht ohne Weiteres einem Antrag des Beamten zum Wiedererhalt des Vollzeitstatus entgegenstehen.

Einem Antrag könne daher schon nicht deshalb der Erfolg versagt werden, damit ein Präzedenzfall vermieden werde.

#### 1. Der Fall

Ein rheinland-pfälzischer Beamter wurde mit Ablauf des 31.07.2014 wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt. Zuvor war er gut drei Jahre in Altersteilzeit mit der Hälfte seiner regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt gewesen.

„Das Ende der Teilzeitbeschäftigung wurde dabei nach dem vom Kläger gewählten Modell [...] auf

den Ablauf von drei Jahren nach Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze festgesetzt. [...]“

Als er im November 2011 die Aufhebung der Altersteilzeit beantragte und zur Begründung vortrug, sein Vater sei verstorben und er müsse sich nur noch um seine Mutter kümmern, sei der Anlass für das Teilzeitbegehren nachträglich entfallen. Mit der Aufhebung der Altersteilzeit wolle er eine finanzielle Schieflage vermeiden. Er wolle lieber von der neu eingeführten Möglichkeit einer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand Gebrauch machen. Diese Regelung sei für ihn günstiger als die bewilligte Altersteilzeit. Er sei ohnehin gesundheitlich stark angeschlagen.

Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, ein Festhalten an der Altersteilzeit sei nicht unzumutbar. Der Kläger sei fast durchgehend dienstunfähig erkrankt.

#### 2. Die Entscheidung

Mit Beschluss vom 23.04.2015, BVerwG 2 B 69.14 hat das Bundesverwaltungsgericht die Nichtzulas-

sungsbeschwerde gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 24.06.2014 zurückgewiesen.

Begründet hat der Senat dies damit, dass die Beschwerde keine grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache, was Voraussetzung für die Zulassung der Revision gewesen wäre, aufgezeigt hat. Insbesondere die Frage der Unzumutbarkeit sei hier anhand der konkreten Umstände des Einzelfalls zu beurteilen. Diese konkrete Würdigung sei einer Grundsatzrüge nicht zugänglich.

Gleichwohl hat der Senat die grundsätzlichen Vorgaben für die zu entscheidende Rechtsfrage bestätigt.

Wörtlich hat er ausgeführt:

„Das als hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums durch Artikel 33 Abs. 5 GG garantierte Alimentationsprinzip lässt eine Absenkung der Besoldung unter das vom Besoldungsgesetzgeber als amtsangemessen festgesetzte Niveau nur auf Antrag und im Einverständnis des betroffenen Beamten zu [...]“ (Rn. 7)

Der Beamte hat also zunächst selbst die Möglichkeit, darüber zu entscheiden inwieweit er für die Sicherung eines amtsangemessenen Unterhalts die volle Besoldung braucht. Will er zurück in die Vollzeitbeschäftigung, bedarf es der Ausübung des Ermessens durch die Behörde. Hierbei ist der verfassungsrechtlich verankerte Vorrang der Vollzeitbeschäftigung zu berücksichtigen.

„Zwischen der Vollzeit- und der Teilzeitbeschäftigung eines Beamten besteht ein verfassungsrechtlich vorgegebenes Regel-Ausnahme-Verhältnis.“ (Rn. 8)

In Randnummer 9 heißt es wörtlich:

„Dem teilzeitbeschäftigten Beamten muss jedenfalls dann eine Vollzeitbeschäftigung ermöglicht werden, wenn ansonsten eine amtsangemessene Lebensführung, wie sie durch die volle Alimentation gewährleistet wird, in Frage stehen könnte.“ Das Ermessen sei dann eingeschränkt, wenn dem

Beamten die Teilzeitbeschäftigung im bisherigen Umfang nicht mehr zugemutet werden kann.

Das sei insbesondere dann der Fall,

„wenn der Beamte – wie im Falle der Altersteilzeit im Blockmodell oder des sog. Sabbatjahres – eine spätere Freistellung bereits verdient hat, die Inanspruchnahme des Vorteils durch eine nachträglich eintretende Entwicklung aber unmöglich gemacht wird. Tritt in der Freistellungsphase eine Dienstunfähigkeit oder längerfristige Erkrankung ein, kann der Beamte die mit dem teilweisen Besoldungsverzicht erkauften Vorteile nicht mehr in Anspruch nehmen obwohl er die Gegenleistung hierfür bereits erbracht hat.“

Gerade die für die Anwendung dieser Grundsätze notwendigen Umstände richten sich nach dem Einzelfall. Wie bereits dargestellt, ist die konkrete Würdigung einer Grundsatzrüge nicht zugänglich.

Das Bundesverwaltungsgericht hat es sich jedoch, wie eingangs bereits mitgeteilt, nicht nehmen lassen, trotz der Nichterheblichkeit für die vorliegende Entscheidung darauf hinzuweisen, dass die Auffassung des Oberverwaltungsgerichts, dienstliche Belange wären in der Vermeidung eines Präzedenzfalles zu sehen, rechtsfehlerhaft ist.

### 3. Fazit

Der Fall zeigt, dass, wenn eine Altersteilzeit im Raum steht, auch hier sorgsam entschieden werden sollte, in welcher Form man von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möchte. Was die Präzedenzfall-Argumentation von Behörde und Oberverwaltungsgericht betrifft, dürfte es zu begrüßen sein, dass das Bundesverwaltungsgericht hier klargestellt hat, dass der Vorrang von Recht und Gesetz nicht fiskalischen oder Praktikabilitäts-erwägungen zu weichen hat.

*Dr. Christian Horvat*  
*Rechtsanwalt*

## II. Beamten-Blog

### Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf [rehmnetz.de](http://rehmnetz.de) zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht.

Die neuesten Beiträge:

[Ist Führungskompetenz lernbar?](#)

[Beamte mit Glatze: Beihilfe zahlt Perücke](#)

[Integration und Amtsschimmel: Deutschlehrer dringend gesucht?](#)



### Produkttipp

Schütz/Maiwald

#### Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



#### Online-Produkt

€ 139,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen und des Beamtenstatusgesetzes, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.

Bei den Erläuterungen einzelner Paragraphen werden stets Hinweise auf die Parallelvorschriften im Bund und in anderen Ländern angebracht und Abweichungen zum NRW LBG kommentiert.